

32  
83

# Union in Deutschland

Bonn, den 13. Oktober 1983

## Die Trendwende zeigt Erfolge

In den letzten fünf Wochen haben einige wichtige Daten zur Konjunktorentwicklung unsere Überzeugung bekräftigt, daß die Trendwende von der dramatischen wirtschaftlichen Talfahrt des Jahres 1982 zu einer Periode der wirtschaftlichen Belebung erfolgt ist, stellte Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg vor dem Bundesrat fest. Die Länderkammer hat den Stabilitätskurs der Bundesregierung erneut gebilligt.

Anfang 1983 gingen wir im Jahreswirtschaftsbericht von einem Nullwachstum für dieses Jahr aus. Im Sommer erwarteten die meisten Sachverständigen ein reales Wachstum von 0,5 Prozent. Jetzt weisen nach Überzeugung der Bundesbank und fast aller Experten die letzten Trends auf ein reales Wachstum von mindestens 1 Prozent, vielleicht mehr, hin.

Die Auftragseingänge in der Wirtschaft steigen kräftiger an — im August um real 8 Prozent gegenüber dem Vorjahresmonat —, die Deutsche Mark wird stärker. Nach Einschätzung der Bundesbank haben sich die Chancen für einen leichten Zinsrückgang verbessert. Der dramatische Anstieg der Arbeitslosigkeit, der unser soziales Leben seit 1981 überschattete, ist saisonbereinigt im Sommer 1983 in den letzten drei Monaten praktisch zum Stillstand gekommen.

(Fortsetzung Seite 2)

### ■ DIÄTEN

Ein Beitrag zur Verwirklichung des freien Mandats im Rechtsstaat Seite 3

### ■ NAHOST

Reise des Bundeskanzlers — ein voller Erfolg Seite 6

### ■ ABRÜSTUNG

Drohungen sind keineswegs das letzte Wort aus Moskau Seite 7

### ■ FERNSEHEN

Heiner Geißler bedauert die Ablösung von Franz Alt Seite 8

### ■ INFORMATION

Erfolg in der Kohle-Runde Seite 9

### ■ CDU RHEINLAND-PFALZ

Sicherung von Frieden und Freiheit ist die wichtigste politische Aufgabe Seite 13

### ■ DOKUMENTATION

Der richtige Weg zum Frieden — Evangelium und Friedenspolitik/ Streitgespräch zwischen Franz Alt und Heiner Geißler grüner Teil

### ■ ÖFFENTLICHKEITS-ARBEIT

Gemeinsam für Frieden und Freiheit rosa Teil

(Fortsetzung von Seite 1)

Wir erblicken hierin erste positive Wirkungen unserer neuen Finanz- und Wirtschaftspolitik. Natürlich können wir mit dieser Zwischenbilanz nicht zufrieden sein. Die Konjunktursituation in den verschiedenen Branchen und Regionen ist noch recht unterschiedlich. Es bleibt unsere wichtigste Aufgabe, die beginnende Belebung mit allen verfügbaren Mitteln zu verstärken und dauerhaft zu gestalten, die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft wieder zu verbessern und die Trendwende auf dem Arbeitsmarkt zu erreichen.

Die wirtschaftliche Gesundung und die stärkere Wettbewerbsfähigkeit bleiben der Schlüssel zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit als der größten sozialen Herausforderung dieser Jahre. Alle anderen erörterten Maßnahmen können demgegenüber nur eine ergänzende Entlastung bringen.

Deshalb muß der Kurs der Gesundung der öffentlichen Finanzen, der deutlichen Zurückführung der Neuverschuldung konsequent fortgesetzt werden. Die Bundesregierung bekräftigt ihre Entschlossenheit, diesen Weg zu gehen. Nur so können wir das Vertrauen bei Investoren und Verbrauchern stärken, die überforderten Kapitalmärkte entlasten, Zinssenkungen fördern, einen deutlichen Anstieg der privaten Investitionen erzielen und eine wieder positive Entwicklung unserer Exporte ermöglichen.

Natürlich zeichnen sich für die Einzelberatungen des Bundeshaushalts schon jetzt einige Veränderungen ab. Ich begrüße die Entschlossenheit der Mehrheit des Haushaltsausschusses des Bundestages, bei der Fülle von Einzeltiteln weitere substantielle Einsparungen vorzunehmen. Andererseits wird es bei der Koks-Kohle-Förderung aus heutiger Sicht 1984 voraus-

sichtlich einen spürbaren Mehrbedarf geben. Das Ausgabenwachstum soll 1984 auf die vorgesehenen 1,8 Prozent begrenzt bleiben. Der günstige Verlauf des Jahres 1983 auch im Haushaltsvolumen des Bundes und fast aller Länder unterstreicht die Feststellung, daß die Grundannahmen für 1984 aus aktueller Sicht insgesamt realistisch erscheinen.

Für uns bedeutet das: konsequente Fortsetzung der Haushaltskonsolidierung nicht durch Steuererhöhungen, sondern durch strenge Ausgabendisziplin, Stabilisierung unserer sozialen Sicherungssysteme, Kräftigung der Innovations- und Investitionskraft unserer Wirtschaft.

Wir sind uns unserer Mitverantwortung für Länder und Gemeinden bewußt, nicht nur auf der Ausgabenseite des Bundeshaushalts. Die Umsatzsteuerverteilung ist im letzten Jahr um einen Punkt zugunsten der Länder geändert worden. Im Rahmen des Steuerentlastungsgesetzes 1984 wird der Länderanteil um einen weiteren Punkt erhöht, um einen Ausgleich für die anderen steuerlichen Maßnahmen zu schaffen. Wer die objektiven Möglichkeiten des Bundes sachverständig und unvoreingenommen würdigt, kann angesichts dieser Tatsachen im Bund-Länder-Verhältnis die Vorwürfe der sozialdemokratisch regierten Länder nur schwer verstehen.

Es kann keine Rede davon sein, daß der Bund den Ländern einseitig zusätzliche Lasten aufbürdet. Im Gegenteil: Die Vereinbarungen und Vorlagen zeigen, daß der Bund seiner Verantwortung gegenüber den Ländern auch in schwierigen Zeiten nachkommt, daß der Bund und die Länder in der Lage sind, Fragen des Finanzausgleichs kurzfristig zu lösen. Ich halte dies für eine wichtige Feststellung, die mich zuversichtlich stimmt, auch künftige schwierige Probleme in gegenseitigem Verständnis zu bewältigen.

## BUNDESTAG / DIÄTEN

# Ein Beitrag zur Verwirklichung des freien Mandats im Rechtsstaat

Seit 1976 sind die Abgeordneten-Diäten nicht erhöht worden. Dagegen ist der Durchschnitt um mehr als 40 Prozent die Löhne und Gehälter, die die Fraktionen der CDU/CSU, FDP und SPD haben aufgrund eines Berichtes des Bundestagspräsidenten einen Gesetzesentwurf eingebracht, nach dem die Diäten von monatlich 7 500 DM ab 1. Juli 1983 um 320 DM (4,26 Prozent) erhöht werden sollen. (Ein Monatsgehalt wird für die Abgeordneten, wie bisher, nicht gezahlt.) Nachfolgend die wichtigsten Passagen des gemeinsamen Gesetzesentwurfes und des Berichtes des Bundestagspräsidenten im Wortlaut:

Der vom Präsidenten des Deutschen Bundestages gem. § 30 des Abgeordnetengesetzes am 11. Oktober 1983 vorgelegte Bericht stellt aufgrund einer eingehenden Prüfung fest, „daß die Entschädigung nach Art. 48 Abs. 3 GG nach den Maßstäben des Grundgesetzes, des Abgeordnetengesetzes und des Urteils des Bundesverfassungsgerichts derzeit nicht angemessen ist.“

Wie in dem Bericht dargelegt wird, ist dieser Zustand dadurch entstanden, daß die im Jahre 1977 auf einer angemessenen Höhe festgesetzte Entschädigung unverändert geblieben ist, während seitdem bis 1983

— die durchschnittlichen Brutverdienste der Arbeiter in der Industrie um

45,0 %

- die durchschnittlichen Brutmonatsverdienste der Angestellten in Industrie und Handel um 45,2 %
  - die Bezüge im öffentlichen Dienst um rund 34,0 %
  - die Renten der gesetzlichen Rentenversicherung um 38,7 %
  - die Leistungen der Sozialhilfe um rund 28,0 %
- angestiegen sind.

Der Bericht des Präsidenten richtet daher folgende Empfehlung an den Deutschen Bundestag:

„Der Gesetzgeber sollte diesen mit den Geboten der Verfassung nicht mehr im Einklang stehenden Zustand durch eine maßvolle, im Hinblick auf die soziale, wirtschaftliche und finanzielle Lage der Bürgerinnen und Bürger angemessene Erhöhung der Entschädigung ändern und für eine verfassungsgemäße Regelung den erforderlichen Beschluß fassen.“

Der vorliegende Gesetzesentwurf folgt dieser Empfehlung, indem er eine sehr geringe Erhöhung der Entschädigung vorsieht, die nur die Entwicklung der Durchschnittseinkommen des Jahres 1983 berücksichtigt, nicht aber auch die Erhöhungen der Durchschnittseinkommen, die in den Jahren 1977, 1978, 1979, 1980, 1981 und 1982 stattgefunden haben. Dies erschien im Hinblick auf die derzeitige soziale, wirtschaftliche und finanzielle Lage der Bürgerinnen und Bürger als allein vertretbar.

Zugleich stellt der Gesetzesentwurf aber

auch sicher, daß dem Deutschen Bundestag künftig jährlich ein detailliert begründeter Vorschlag zur Beschlußfassung vorliegt, der die in dem jeweils vorangegangenen Jahr eingetretenen Veränderungen der Durchschnittseinkommen der Bürgerinnen und Bürger berücksichtigt, damit die Höhe der Entschädigung sich künftig nicht noch weiter von der allgemeinen Entwicklung entfernt als bisher schon geschehen.

Auf eine Anpassung der Kostenpauschale wird auch für das Jahr 1983 verzichtet.

Um einen weiteren Einkommensrückstand der Mitglieder des Bundestages zu vermeiden, wird das in diesem Gesetzentwurf vorgesehene neue Verfahren des § 30 Abs. 2 zur Anpassung der Entschädigung nach § 11 bereits im Jahre 1983 praktiziert. Die Entschädigung wird danach von 7500 DM auf 7820 DM festgesetzt. Der Anpassungsbetrag von 320 DM entspricht einer Steigerung von 4,26 Prozent. Dieser Steigerungssatz ist aus dem Durchschnitt der linearen Veränderungen folgender Einkommen im Jahre 1983 errechnet worden:

- |  |            |
|--|------------|
| 1. Durchschnittliche Bruttostundenverdienste der Arbeiter in der Industrie                 | = + 4,4 %  |
| 2. Durchschnittliche Bruttomonatsverdienste der Angestellten in Industrie und Handel       | = + 4,1 %  |
| 3. Dienst- und Versorgungsbezüge im öffentlichen Dienst                                    | = + 2,0 %  |
| 4. Vergütungen der Angestellten und Löhne der Arbeiter im öffentlichen Dienst (Mittelwert) | = + 2,25 % |
| 5. Renten der gesetzlichen Rentenversicherung  | = + 5,6 %  |
| 6. Arbeitslosengeld  | = + 1,4 %  |
| 7. Arbeitslosenhilfe (durchschnittliche Nettoleistung                                      |            |

an einen Zahlungsempfänger) = -0,5 %

8. Sozialhilfe (rechnerischer Durchschnitt des Eckregelsatzes) = + 2,0 %

Die Bezieher von Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen (1982 + 2,7 Prozent) sind nicht in die Berechnung einbezogen worden, weil sie nur schwer vergleichbar sind und verwertbare Zahlen nur für das Kalenderjahr 1982 vorliegen.

Zur Gewichtung des Stärkeverhältnisses wurden folgende Anteile der einzelnen Einkommensgruppen aus dem Jahre 1982 herangezogen:

1. Arbeiter	10074800	= 25,5 %
2. Angestellte	8582600	= 21,7 %
3. Beamte	2324000	= 5,9 %
Versorgungsempfänger (öD)	1007758	= 2,6 %
4. Angestellter/Arbeiter im öD	1731000	= 4,4 %
5. Rentner	13264000	= 33,6 %
6. Empfänger von Arbeitslosengeld	926000	= 2,3 %
7. Empfänger von Arbeitslosenhilfe	291000	= 0,7 %
8. Sozialhilfeempfänger	1291000	= 3,3 %
<b>zusammen</b>	<b>39492200</b>	<b>= 100,0 %</b>

Eine Berechnung der durchschnittlichen linearen Einkommensveränderungen unter Berücksichtigung des Stärkeverhältnisses der einzelnen Einkommensgruppen ergibt somit für das Jahr 1983 eine Steigerung von 4,26 Prozent.

Da diese Erhöhung erst ab 1. Juli 1983 gelten soll, ergibt sich insgesamt für das Kalenderjahr 1983 lediglich eine Steigerung von 2,13 Prozent.

Nach § 30 des Abgeordnetengesetzes hat der Präsident des Deutschen Bundestages zwar alle zwei Jahre zur Angemessenheit der Entschädigung Stellung zu neh-

men, ihm obliegt aber nicht die Pflicht, dem Bundestag einen Vorschlag zu unterbreiten. Dies hat in der Vergangenheit mit dazu beigetragen, daß die Entschädigung seit 1977 nicht entsprechend der Entwicklung der allgemeinen wirtschaftlichen und finanziellen Verhältnisse angepaßt worden ist.

Dem Präsidenten des Bundestages wird daher künftig im Gesetz aufgegeben, jährlich bis zum 31. Mai zur Angemessenheit der Entschädigung Stellung zu nehmen und zugleich unter Zugrundelegung der Einkommensveränderung bestimmter ausdrücklich genannter Einkommensgruppen und Berücksichtigung ihres Anteils an der Gesamtzahl der Einkommensbezieher einen Vorschlag zur Anpassung der Entschädigung nach § 11 Abgeordnetengesetz in der Weise zu unterbreiten, wie in dieser Begründung zu Nr. 1 geschehen.

In gleicher Weise obliegt dem Präsidenten die Pflicht, aufgrund der veränderten Indizes für die Lebenshaltung und für die Einzelhandelspreise eine Anpassung der Kostenpauschale nach § 12 Abs. 2 Abgeordnetengesetz vorzuschlagen. Über beide Vorschläge beschließt der Bundestag mit Wirkung vom 1. Juli eines Jahres.

Die Entschädigung der deutschen Mitglieder des Europäischen Parlaments entspricht mit 7 500 DM der Entschädigung der Mitglieder des Deutschen Bundestages; sie wird zum gleichen Zeitpunkt wie die Entschädigung nach § 11 des Abgeordnetengesetzes auf 7 820 DM festgesetzt.

### **Der Präsident des Deutschen Bundestages, Rainer Barzel, stellte in seinem Bericht u. a. fest:**

Die Unabhängigkeit der Abgeordneten, die auch durch die Entschädigung verfassungsrechtlich gesichert werden muß, gehört zum Kern der Bestimmung

unserer Verfassung über den Auftrag der Abgeordneten. Artikel 38 Abs. 1 des Grundgesetzes drückt dies so aus:

*„Die Abgeordneten des Deutschen Bundestages werden in allgemeiner, unmittelbarer, freier, gleicher und geheimer Wahl gewählt. Sie sind Vertreter des ganzen Volkes, an Aufträge und Weisungen nicht gebunden und nur ihrem Gewissen unterworfen.“*

Die Entschädigung der Abgeordneten hat demnach die Aufgabe, einen Beitrag zur Verwirklichung des freien Mandates zu leisten.

Das Bundesverfassungsgericht hat in seinem Urteil vom 5. November 1975 (2 BvR 193/74) hierzu festgestellt:

*„Die Bemessung des parlamentarischen Einkommens darf die Entscheidungsfreiheit des Abgeordneten und die praktische Möglichkeit, sich seiner eigentlichen parlamentarischen Tätigkeit auch um den Preis, Berufseinkommen ganz oder teilweise zu verlieren, widmen zu können, nicht gefährden.“*

Die Unabhängigkeit, das Mandat wahrzunehmen, ist nur gegeben, wenn der Abgeordnete von dem Zwang befreit wird, sich um die Existenzsicherung für sich und seine Familie zu kümmern. Das Bundesverfassungsgericht fordert daher:

*„Die ... Entschädigung muß für sie und ihre Familien während der Dauer ihrer Zugehörigkeit zum Parlament eine ausreichende Existenzgrundlage abgeben können ... Die Alimentation ist also so zu bemessen, daß sie auch für den, der, aus welchen Gründen immer, kein Einkommen aus einem Beruf hat, aber auch für den, der infolge des Mandats Berufseinkommen ganz oder teilweise verliert, eine Lebensführung gestattet, die der Bedeutung des Amtes angemessen ist.“*

Rang und Verantwortung des Abgeordneten ergeben sich aus unserem Verständnis der parlamentarischen Demokratie und den Aufgaben des Bundestages im Verfassungsgefüge. Der Deutsche Bundestag ist das Herz unseres freiheitlichen und sozialen Rechtsstaates. Der Deutsche Bundestag ist nicht nur höchstes Gesetzgebungsorgan. Ihm obliegt auch eine umfassende Kontrollfunktion.

Die Belastung der Abgeordneten entspricht dem Rang und der Verantwortung dieser Aufgaben. Dazu hat das Bundesverfassungsgericht festgestellt:

*„Der Umfang der Inanspruchnahme durch das Mandat ist so stark gewachsen, daß der Abgeordnete in keinem Fall mit der im Arbeitsleben sonst üblichen und allgemein als Fortschritt empfundenen wöchentlichen Regelarbeitszeit von 40 Stunden seine Verpflichtungen bewältigen kann. Er wird im Parlament durch Plenar- und Ausschußsitzungen, in der Fraktion und Partei durch Sitzungen und Arbeiten sowie im Wahlkreis durch Veranstaltungen der verschiedensten Art, nicht zuletzt durch Wahlvorbereitungen und Wahlversammlungen, in Anspruch genommen. So sehr er theoretisch die Freiheit hat, seine Aktivitäten in diesen drei Bereichen nach eigenem Ermessen bis über die Grenze der Vernachlässigung seiner Aufgabe hinaus einzuschränken, in der Praxis kann er sich dies aus den verschiedensten Gründen nicht leisten.“*

Die Entschädigung muß dazu beitragen, daß dem Deutschen Bundestag Persönlichkeiten angehören, die bereit und fähig sind, diese Arbeit zu leisten und der Verantwortung gerecht zu werden. Die Qualität unseres freiheitlichen Rechtsstaates und der deutschen Politik hängt auch ab von der Qualität seines Parlaments, also seiner Abgeordneten.

## ■ NAHOST

### Reise des Bundeskanzlers ein voller Erfolg

Die Nahostreise von Bundeskanzler Helmut Kohl ist ein voller Erfolg, erklärt der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Alfred Dregger. Der Bundeskanzler habe das deutsche Interesse an umfassender wirtschaftlicher, technischer und politischer Zusammenarbeit mit den besuchten Ländern, sowie unser Interesse an Stabilität in dieser für Europa so wichtigen Region an die Spitze seiner Bemühungen gestellt. Es sei ihm dabei gelungen, die Kräfte im arabischen Lager zu ermutigen, die bereit sind, auf eine friedliche Lösung des Nahostkonflikts hinzuwirken.

Die politisch wohl bedeutsamste Station der Nahostreise war der Besuch in Saudi-Arabien. Dieses Land ist nicht nur einer der Haupthandelspartner der Bundesrepublik Deutschland. Ihm kommt auch erhebliche strategische Bedeutung für die gesamte Region zu. Daher hat der Bundeskanzler mit seinen saudi-arabischen Gesprächspartnern auch Fragen der Verteidigungsfähigkeit Saudi-Arabiens erörtert. Daß dabei die israelischen Sicherheitsinteressen berücksichtigt werden mußten, ist selbstverständlich.

Der Bundeskanzler hat jedoch gut daran getan, eine mögliche Lieferung deutscher Rüstungsgüter an Saudi-Arabien nicht zum Tabu zu erklären. Hier wird es auf die Feinabstimmung ankommen. Der Bundeskanzler hat dafür in Dschidda den Bodengeschick vorbereitet, was diesen Besuch von dem seines Vorgängers Helmut Schmidt unterscheidet.

## ■ ABRÜSTUNG

# Drohungen sind keineswegs das letzte Wort aus Moskau

Ein neues Schlagwort soll im Westen die Angst verstärken. Als „neue Eiszeit“ dramatisieren Egon Bahr im letzten „Vorwärts“ und Erich Honecker im „Neuen Deutschland“ die Folgen einer Nachrüstung — sollte sie wegen des eiskalten „Nein“ der Sowjetunion zu den westlichen Vorschlägen in Genf für ein faires Zwischenergebnis notwendig werden.

Dieses verbale Einschüchterungsmanöver folgt der grimmigen Warnung Andropows, der in seiner letzten Einschüchterungsbotschaft den Teufel an die Wand malt, um die nervenschwachen Kräfte der SPD und der Friedensbewegungen gegen die Klarsicht und die Festigkeit des Atlantischen Bündnisses zu mobilisieren. Die Bundesregierung läßt sich auch von dieser neuen Phase der Angstverstärkung nicht beeinflussen. Ihr Kurs bleibt berechenbar zuverlässig und konstruktiv, stellt Alois Mertes, Staatsminister im Auswärtigen Amt, dazu fest.

Sollte es ab Ende 1983 zu Nachrüstung amerikanischer Mittelstreckenwaffen als notwendiger Ausgleich zur sowjetischen Vorrüstung seit 1977 kommen müssen, so bedeutet dies keineswegs, wie Bahr und Honecker uns glauben machen wollen, den Beginn einer Eiszeit in den Ost-West-Beziehungen. Mit einer zeitweiligen Abkühlung der Atmosphäre ist allerdings zu rechnen. Im atomaren Zeitalter und einer nie dagewesenen internationalen Verflechtung sind beide Lager zum Dialog verurteilt. Moskau wird möglicherweise seine — wie wir wissen — längst geplante neue Vorrüstungswelle starten, aber keine

Politik abenteuerlichen Zornes, sondern ruhiger Wahrung der eigenen Interessen betreiben.

Dabei ist die Sowjetunion vital auf Zusammenarbeit mit dem Westen angewiesen, auch mit der Bundesrepublik Deutschland. Auf Kooperation kann heute keine Seite mehr verzichten, wenn sie sich nicht tief ins eigene Fleisch schneiden will.

Klipp und klar ist der Wille der Bundesregierung und der NATO, auch nach einem Beginn der Nachrüstung die Bemühungen um echte — nicht trügerische — Entspannung und um ausgewogene — nicht einseitige — Abrüstung fortzusetzen. Ein Beweis dafür: Die Vorbereitungen für die Anfang 1984 in Stockholm beginnende Konferenz für Vertrauensbildung und Abrüstung in Europa (KVAE) sind in West und Ost in vollem Gange.

Der Atomwaffensperrvertrag gebietet zudem den beiden Supermächten die Fortsetzung ihrer Verhandlungen über euro-strategische Abrüstung auch trotz der jahrelangen euro-strategischen Vorrüstung der Sowjetunion und einer notwendigen Nachrüstung der USA.

Sollte die Sowjetunion uns weiterhin den Anspruch auf zuverlässige Sicherheit durch eine glaubwürdige amerikanische Sicherheitsgarantie bestreiten und das Ziel fairer Abrüstung sabotieren, würde Moskau sein Ansehen als friedensfähige und abrüstungsbereite Macht völlig verlieren. Das kann und wird nicht das Interesse des Kreml sein. Andropows Drohungen sind keineswegs das letzte Wort aus Moskau. Ruhige Nerven sind jetzt die Voraussetzung verantwortlicher deutscher Politik.

## ■ FERNSEHEN

### Heiner Geißler bedauert die Ablösung von Franz Alt

**Wider besseres Wissen versucht der SPD-Fraktionsvorsitzende Vogel den Eindruck zu erwecken, als habe die CDU Einfluß auf eine interne Entscheidung des Südwestfunk-Intendanten Hilf genommen. Im Gegensatz zu Vogels perfider Verdächtigung hat der Generalsekretär der CDU, Heiner Geißler, in einem Fernschreiben an Intendant Hilf deutlich gemacht, daß einem Journalisten und CDU-Mitglied wie Franz Alt aus seinem Auftritt in einer Parteiveranstaltung kein persönlicher und beruflicher Nachteil erwachsen darf.**

Das Fernschreiben hat folgenden Wortlaut:

Lieber Herr Hilf,  
ich möchte Ihnen im folgenden mitteilen, warum ich Ihre Entscheidung gegenüber Franz Alt bedaure.

Wie allgemein bekannt, hat Herr Alt am 27. September 1983 mit mir im Konrad-Adenauer-Haus zusammen mit 60 Persönlichkeiten des wissenschaftlichen, des kirchlichen und des öffentlichen Lebens im Rahmen der Konrad-Adenauer-Haus-Gespräche der Christlich Demokratischen Union über das Thema „Der richtige Weg zum Frieden“ diskutiert. Dieses Streitgespräch hatte eine große öffentliche Resonanz.

Wenige Tage darauf haben Sie Herrn Franz Alt von der Moderation der Fern-

sehsendung Report vorübergehend entbunden. Daraus ist in der Öffentlichkeit der Eindruck entstanden, als ob die Veranstaltung und ihr Ablauf der Anlaß für Ihre Entscheidung hätte sein können.

Ich möchte Ihnen gegenüber als Generalsekretär der CDU meine Auffassung bekämpfen, daß einem Mitglied der Christlich Demokratischen Union, wie z. B. Franz Alt, auch dann, wenn er eine von der Mehrheitsmeinung der Partei abweichende und umstrittene Position auf einer Veranstaltung der Partei vertritt, ihm daraus kein persönlicher und beruflicher Nachteil erwachsen darf.

Ich halte die politische und moralische Bewertung z. B. des NATO-Doppelbeschlusses durch Franz Alt für falsch und sehr problematisch. Aber die CDU ist eine Volkspartei und keine Einheitspartei, und ich habe Respekt vor der moralisch begründeten Auffassung von Franz Alt, die ja nicht, wie viele, von der Politik auf die Bergpredigt, sondern umgekehrt aus der Bergpredigt heraus zu seiner politischen Auffassung gekommen ist. Es muß möglich sein, daß ein Fernsehjournalist gerade in seiner eigenen Partei öffentlich und kontrovers über den besten Weg zum Frieden diskutiert und dabei seine eigene Meinung engagiert vertritt.

Ich bin davon überzeugt, daß Sie mit mir darin übereinstimmen. Sie selber haben es ermöglicht, daß das Streitgespräch im 3. Programm des SWF gesendet wurde und nachfolgend von anderen Anstalten übernommen wird. Dafür möchte ich Ihnen ausdrücklich danken.

Mit freundlichen Grüßen  
Dr. Heiner Geißler

**(Siehe auch Dokumentation im grünen Teil dieser Ausgabe)**



## INFORMATION

### Erfolg in der Kohlerunde

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion begrüßt den Konsens, der bei der Kohlerunde über Ausmaß und Rahmenbedingungen des notwendigen Anpassungsprozesses im Steinkohlebergbau erreicht worden ist, erklärte der energiepolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Ludwig Gerstein.

Besonders wichtig ist, daß soziale Härten mit Hilfe des Anpassungsgeldes und der vorgesehenen Anpassungsschichten vermieden werden.

Es kommt jetzt darauf an, bei der konkreten Ausgestaltung der vorgesehenen Maßnahmen sicherzustellen, daß die Unternehmen den aufgrund der Stahlkrise entstandenen Kapazitätsüberhang von 10 Millionen t geordnet abbauen können. Zwischen den Unternehmen und der Industriegewerkschaft Bergbau und Energie müssen jetzt tragfähige Vereinbarungen über die vorgesehenen Anpassungsschichten zum Haldenabbau vereinbart werden.

### Evangelischer Kreis als Gegengewicht zur Friedensbewegung

Ein Gegengewicht zur Friedensbewegung in der evangelischen Kirche will der Arbeitskreis „Sicherung des Friedens“ bilden, der sich in Bonn vorstellte. Im Gegensatz zu den innerkirchlichen Friedensgruppen ist der Arbeitskreis, der bereits vor drei Jahren gegründet wurde, der Auffassung, daß politische Fragen — wie die NATO-Nachrüstung — nicht aus einer theologischen Position beantwortet werden können.

Günter Brakelmann, Professor für Sozial-

ethik in Bochum und SPD-Mitglied, einer der beiden Vorsitzenden des Arbeitskreises, bezeichnete den als gemeinnützig eingetragenen Verein als eine „Sammelungsgruppe sehr unterschiedlicher Geister“ aus verschiedenen Parteien. Man sei keine „Kampfgruppe für Aufrüstung“, meine jedoch nicht, daß im sicherheitspolitischen Bereich durch einseitige Vorleistungen etwas erreicht werden könne.

Der andere Vorsitzende, der CDU-Abgeordnete und Staatsminister im Bundeskanzleramt, Friedrich Vogel, äußerte die Auffassung, daß der Arbeitskreis im Einklang mit den Vorstellungen der Mehrheit der evangelischen Christen stehe. Der in der Öffentlichkeit manchmal entstehende Eindruck, die evangelische Kirche sei gleichbedeutend mit der Friedensbewegung, sei falsch. Unter den 18 Mitgliedern im Arbeitskreis sind auch der frühere Verteidigungsminister Hans Apel (SPD) und Ex-Bundeswehrgeneral Ulrich de Maizière.

### Abfuhr für die „Blockade-Süchtigen“

An der Haltung der etwa 300 Mitglieder der SPD-Betriebsgruppe im Bundesverteidigungsministerium kann sich mancher sozialdemokratische Spitzenpolitiker ein Beispiel nehmen. Der SPD-Unterbezirk Bonn hatte die sozialdemokratischen Soldaten und Zivilbediensteten auf der Hardthöhe aufgefordert, sich an der für den 21. Oktober geplanten „Blockade“ des BMVg zu beteiligen. Die Antwort der Betriebsgruppe verdient Beachtung und Respekt. Man betrachte es als einen Verstoß gegen die Solidarität, wenn die Sozialdemokraten im Ministerium „an der Erfüllung unserer gesetzlichen Aufgaben, die wir als Beitrag zur Erhaltung des Friedens verstehen, in unangemessener Weise gehindert werden“.

In der Antwort der Betriebsgruppe an den SPD-Unterbezirk werden — so MdB Willi

Weiskirch — zwei bemerkenswerte Feststellungen getroffen: es gelte

erstens immer noch der Beschluß des Parteivorstandes, nach dem jede Konfrontation zwischen SPD und Bundeswehr und auch den alliierten Streitkräften vermieden werden solle; und es gebe

zweitens keine Garantie dafür, daß die Blockadeaktion der Friedensbewegung Ziele anstrebe, mit denen sich die SPD unter keinen Umständen identifizieren könne. Nach allem, was in den letzten Tagen aus den regionalen Parteigliederungen — aber auch von führenden SPD-Politikern — zum Nachrüstungsthema zu hören war, setzt der klare Bescheid von der Hardthöhe ein erfreuliches Signal.

## Landesbischof mahnt

Johannes Hanselmann, Landesbischof der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern, hält ein Recht auf Widerstand angesichts der geplanten Stationierung von Mittelstreckenwaffen in der Bundesrepublik Deutschland nach dem Grundgesetz für nicht gegeben. Es sei unverantwortlich, schreibt der geistliche Würdenträger an alle evangelische Pfarrerinnen und Pfarrer, wenn junge Menschen auf „sogenannte Regelverstöße“ vorbereitet oder dazu ermuntert würden. Gerade jugendliche Demonstranten seien nämlich oft nicht in der Lage, die Folgen eines solchen Handelns abzusehen und die Konsequenzen zu tragen.

## Stiftung „Wald in Not“ in Bonn gegründet

Jeder einzelne Bundesbürger soll nach Ansicht von Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann (CSU) bei der Bekämpfung des Waldsterbens helfen. Ergänzend zu den Anstrengungen des Staates sei die freiwillige engagierte Mitwirkung der Bürger nötig, um die bisher größte Herausfor-

derung des Umweltschutzes bestehen zu können, unterstrich Zimmermann bei der Gründung der Stiftung „Wald in Not“ in Bonn. Die vom Präsidenten der Schutzgemeinschaft Deutscher Wald, dem rheinland-pfälzischen Ministerpräsidenten Bernhard Vogel, initiierte Stiftung soll den Sachverstand und das Engagement von umweltbewußten Bürgern, Umweltverbänden und privaten Initiativen zusammenführen.

## Vertrauensbeweis für Friedrich Vogel

Die Mitgliederversammlung des Bundesarbeitskreises Christlich-Demokratischer Juristen (BACDJ) wählte am Donnerstag, dem 6. Oktober 1983, in Bonn den Bundestagsabgeordneten Friedrich Vogel erneut zum Vorsitzenden. Friedrich Vogel — langjähriger Vorsitzender des gemeinsamen Vermittlungsausschusses des Deutschen Bundestages und des Bundesrates und seit Regierungsübernahme Staatsminister beim Bundeskanzler — bekleidet das Amt des BACDJ-Vorsitzenden bereits seit 1970. Ebenfalls einstimmig wurde der bisherige stellvertretende Vorsitzende, Staatsminister a. D. Otto Theisen, wiedergewählt. Zum Nachfolger des auf eigenem Wunsch ausgeschiedenen Rechtsanwalts Carl-Otto Lenz wählte die Mitgliederversammlung ebenfalls einstimmig den baden-württembergischen Justiz- und Innenminister Heinz Eyrich.

## 2000 Polit-Chaoten reisen durch Deutschland

Ein harter Kern von 1000 bis 2000 zur Gewaltanwendung entschlossener Polit-Chaoten reist nach Angaben des CDU-Abgeordneten Joseph-Theodor Blank in der Bundesrepublik umher, um im Zusammenhang mit Demonstrationen Störungen und Zusammenstöße mit der Polizei zu provozieren.

## ■ NATO-DOPPELBESCHLUSS

# Antworten auf Fragen in der Friedensdiskussion

**Der Streit um die Friedens- und Sicherheitspolitik wird leider in der politischen Argumentation zunehmend auf militärische Aspekte verkürzt. Besser ist es, die Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner im grundsätzlichen zu führen, das heißt, die geistige Auseinandersetzung, ob unsere Verteidigungspolitik und damit unsere Freiheit verteidigungswürdig ist oder nicht. Um aber auch in der Diskussion über die Zahl der Raketen und ihre Vernichtungskraft gewappnet zu sein, hat die Hauptabteilung Politik der Bundesgeschäftsstelle eine Reihe von Fragen und Antworten zusammengestellt, die für die Diskussion hilfreich sein werden.**

● *Schon heute verfügen beide Weltmächte über Arsenale von Nuklearwaffen, die ausreichen, die Menschheit mehrfach zu vernichten („overkill“). Warum brauchen wir dann die Nachrüstung?*

Abschreckung kann nur dann wirksam sein, wenn sie glaubhaft ist. Abschreckung ist glaubhaft, wenn die NATO mit ihren Waffen so antworten kann, daß ein Sieg für den Angreifer nicht möglich wird. Dazu muß die NATO Streitkräfte in solchem Umfang und von solcher Qualität haben, daß sie fähig ist, sich gegen jede Form des Angriffs zu verteidigen.

Art und Umfang der für Abschreckung erforderlichen Waffen der NATO müssen sich an den militärischen Fähigkeiten eines Gegners orientieren. Angesichts der Stärke des Warschauer Paktes brauchen

wir starke konventionelle Truppen ebenso wie ein lückenloses Spektrum nuklearer Mittel. Die Tatsache, daß das Bündnis bisher den nuklearen Mittelstreckenwaffen der UdSSR, vor allem den SS-20-Raketen und den Backfire-Bombern, nichts Gleichwertiges entgegenstellen kann, zeigt jedoch, daß es eine Lücke im Reaktionsspektrum der NATO gibt.

● *Ist ein Krieg aus Versehen möglich?*

Falschen Alarm hat es schon gegeben. Ein automatischer Atomkrieg kann aber nicht ausgelöst werden, weil das Zusammenwirken unabhängig voneinander arbeitender technischer Kontrollsysteme und politischer Entscheidungsprozesse dies unmöglich macht. Beide Seiten haben umfangreiche Vorkehrungen getroffen, die einen automatischen Atomkrieg ausschließen, weil sie wissen, welche Folgen er hätte. Die politische Entscheidung für einen möglichen Einsatz kann erst nach Vorliegen mehrfach abgesicherter Meldungen voneinander unabhängiger Systeme fallen.

● *Was versteht man unter Erstschat, und was bedeutet der Ersteinsatz von Atomwaffen?*

Unter Erstschat versteht man die Fähigkeit der einen Seite, die andere Seite mit einer einzigen Aktion völlig zu entwaffnen, d. h. ihr die Mittel zu nehmen, mit denen sie zurückschlagen könnte (Zweitschat). Das hieße in diesem Fall, daß der Westen sämtliche Stellungen der sowjetischen Raketen, gleichgültig welcher Reichweite, durch einen einzigen Zugriff zerstören könnte. Über diese Fähigkeit verfügt keine

der beiden Weltmächte. Die Pershing II könnte z. B. eine solche Aufgabe allein schon wegen ihrer geringen Stückzahl und Reichweite nicht lösen.

Etwas anderes ist der Ersteinsatz von Atomwaffen. Er bezieht sich auf atomare Sprengkörper, die begrenzt eingesetzt werden, falls ein Angreifer unsere Verteidigungsbereitschaft und sein eigenes Risiko falsch einschätzt. Die Sowjetunion verkündet einen Verzicht auf diesen atomaren Ersteinsatz, verliert aber über den möglichen Ersteinsatz ihrer konventionellen Waffen kein Wort. Die Weigerung des Westens, auf den atomaren Ersteinsatz zu verzichten, bedeutet nicht, daß die NATO mit dem Gedanken an die Führbarkeit eines Atomkrieges spielt. Sie hält sich vielmehr diese Entscheidung als Warnung an die Gegenseite offen, um ihr die Gefahr einer Gewaltaktion vor Augen zu führen. Allein wichtig ist der Verzicht auf den Ersteinsatz aller Waffen überhaupt. Der Westen hat ihn ausgesprochen.

● *Ist die Pershing II eine Erstschlagswaffe?*

Immer wieder wird behauptet, die Pershing II sei eine Erstschlagswaffe und ein Mittel der sogenannten „Enthauptungsstrategie“. Dies stimmt nicht. Die Pershing II ist keine Erstschlagswaffe. Sie reicht mit 1800 km noch nicht einmal bis Moskau. Mit ihr kann noch nicht einmal ein Zehntel der sowjetischen Interkontinentalwaffen erreicht werden und nur ganz wenige der Frühwarnsysteme der Sowjetunion. Außerdem werden für den Fall eines völligen Scheiterns der Genfer Verhandlungen höchstens 108 Pershing II aufgestellt — ein mehrere Jahre dauernder Prozeß —, während es schon heute mehr als 350 SS-20-Raketen gibt. Schließlich trägt jede Pershing II nur einen Sprengkopf, die SS 20 drei, die unabhängig voneinander in verschiedene Ziele gebracht werden können. D. h., die Pershing

II könnte eines Tages höchstens 108 Ziele bekämpfen, die SS 20 heute schon mehr als 1 050.

● *Warum tun wir nicht den ersten Schritt zur Abrüstung?*

Immer wieder wird behauptet, es fehle dem Westen an Mut zu Vorleistungen. Man müsse nur einseitige Schritte unternehmen, dann würde die Sowjetunion schon folgen.

Der Westen hat immer wieder Vorleistungen erbracht. So haben die USA Anfang der siebziger Jahre auf die allgemeine Wehrpflicht verzichtet, auf die Neutronenwaffe und auf den Langstreckenbomber B 1. Der Westen hat 1980 1000 nukleare Sprengköpfe aus Europa abgezogen — als ersten Schritt und als Zeichen des guten Willens. Die Reaktion der Sowjetunion ist bekannt: einseitiges Aufrüsten statt Nachziehen in der Abrüstung.

**Friedensbewegung klar ein DKP-Aktionsfeld**

Nach dem Verfassungsschutzbericht, den das von der SPD geführte nordrhein-westfälische Innenministerium für das erste Halbjahr 1983 vorgelegt hat, erhärtet sich der Verdacht, daß links-extreme Gruppierungen auf die Friedensbewegung Einfluß nehmen wollen. Hauptagitator ist nach Feststellung des Berichts die DKP, deren Mitglieder sich innerhalb der Friedensbewegung durchweg nicht als Kommunisten zu erkennen gäben, dabei aber immer wieder zu Kompromissen bereit seien, um den Anschluß an die Gesamtbewegung nicht zu verlieren. Nach den vorliegenden Erkenntnissen bestehe die Bewegung bundesweit aus 3000 bis 4000 Friedensinitiativen, wovon rund 1100 an Rhein und Ruhr angesiedelt seien. Erfolgreiche Einflußnahmen der DKP seien beim Ablauf der Ostermärsche 1983 und bei der „Aktionskonferenz der Friedensbewegung“ im April in Köln ablesbar gewesen.

## ■ CDU RHEINLAND-PFALZ

# Sicherung von Frieden und Freiheit ist die wichtigste politische Aufgabe

**Die rheinland-pfälzische CDU hat auf ihrem 28. Landesparteitag am 8. Oktober in Simmern bekräftigt, die Sicherheitspolitik der Bundesregierung auf der Basis des NATO-Doppelbeschlusses mitzutragen und nach außen hin offensiv vertreten zu wollen. Dies wurde in einer einstimmig gefaßten Resolution des Landesvorstandes bestätigt.**

**A**uf dem ersten Parteitag nach der Landtagswahl vom 6. März, die der CDU die absolute Mehrheit eingetragen hatte, rief der Landesvorsitzende, Ministerpräsident Bernhard Vogel, die Delegierten nachdrücklich auf, sich nicht auf den Lorbeeren des Wahlsieges auszuruhen, sondern alles zu tun, um eine offene, diskussionsbereite und entscheidungsfähige Partei zu bleiben.

In den kommenden zwölf Monaten hat die rheinland-pfälzische CDU mehrere Wahlen zu bestehen. Bei den Kommunalwahlen befindet sich die Partei in einer guten Ausgangsposition. Für diese Wahl wird ein Kommunalwahlprogramm vorbereitet, das beraten und verabschiedet soll. Im Frühjahr soll außerdem ein kommunalpolitischer Kongreß stattfinden. Der Ministerpräsident appellierte an seine Parteifreunde, auf den Kandidatenlisten deutlich zu machen, daß die CDU eine Volkspartei sei. Es sei nicht zu entschuldigen, wenn es Listen gäbe ohne Frauen, ohne junge Kandidaten, ohne Arbeitnehmer\* oder ohne Selbständige aus dem Mittelstand.

Im Hinblick auf die Wahlen zum Europäischen Parlament wird die CDU Rheinland-Pfalz im November auf einem Euro-

patag ihre Kandidaten nominieren. Besondere Bedeutung mißt die Partei auch den im Frühjahr 1984 stattfindenden Wahlen zu den Betriebsräten, Personalräten und Jugendvertretungen bei. Der Landesvorsitzende stellte klar: Mehr als die Hälfte der Arbeitnehmer in Rheinland-Pfalz wählen CDU, deshalb werde die Partei die Sozialausschüsse bei diesen Wahlen nicht allein lassen, sondern sie nachdrücklich unterstützen.

Bernhard Vogel erinnerte an das im vergangenen Jahr in Lahnstein verabschiedete Arbeitsprogramm für die nächsten vier Jahre. Dieses Programm sei unverändert gültig und bilde die Grundlage für die politische Arbeit im Lande.

Die wichtigsten Aufgaben für jetzt und die kommenden Jahre wurden folgendermaßen formuliert:

1. Erhaltung und Schaffung von Arbeitsplätzen;
2. Unsere Umwelt hat ein Recht auf Erhaltung und auf Zukunft;
3. Wir bleiben Schrittmacher in der Medienpolitik;
4. Das System der sozialen Sicherung muß gerecht und treffsicher sein. Die Familienpolitik hat für uns Vorrang;
5. Für unsere Jugend soll der Weg in die Zukunft offen sein.

Eine Fülle landespolitischer Aufgaben steht auf der Tagesordnung: In den nächsten Monaten wird der Haushalt für 1984 und 1985 erstellt und verabschiedet. Das Gebot der Stunde heißt: Konsolidieren und eisern sparen. Die Neuverschuldung muß vermindert werden. Um die Ausgaben nicht mehr als 3 Prozent wachsen zu lassen, sind Einschränkungen im Personalbereich notwendig. Eine Ausnahme soll

bei dem Engagement für Lehrlinge gemacht werden. Für die Lehrlingsausbildung sind zusätzlich 11 Millionen DM, insgesamt jetzt fast 30 Millionen, bereitgestellt worden.

Zu den langfristig wichtigsten Aufgaben gehört die Sicherung der Umwelt. Die Sorge um den Wald steht an erster Stelle. Zu diesem Thema lagen den Delegierten eine Reihe von Anträgen vor, in denen es vor allem um die weitere Begrenzung der Schadstoffemissionen und um Maßnahmen gegen das Waldsterben ging.

In den Initiativanträgen zum Waldsterben heißt es u. a.:

„Die CDU Rheinland-Pfalz setzt sich für weitere energische Schritte zur Bekämpfung des rapide ansteigenden Waldsterbens ein. Über die bisher von der Bundesregierung eingeleiteten Maßnahmen hinaus (neue TA-Luft, Großfeuerungsanlagenverordnung) ist es daher dringend geboten, vor allem auch das wirtschaftliche Eigeninteresse in den Dienst der Umweltpolitik zu stellen. Deshalb sind marktwirtschaftliche Instrumente zu entwickeln, die über wirtschaftliche Belastungen und Entlastungen wirksame Fortschritte in der Luftreinhaltung möglich machen.

Die CDU Rheinland-Pfalz fordert die Landesregierung auf, gesetzliche Möglichkeiten für eine Emissionsabgabe zur Unterstützung der Großfeuerungsanlagenverordnung zu überprüfen und über den Deutschen Bundesrat zu verfolgen.“

Im Antrag „Schadstoffemissionen des Kraftfahrzeugverkehrs“ heißt es u. a.: „Angesichts der enorm gestiegenen Belastung von Mensch, Natur und Gebäuden durch die Schadstoffemissionen des Kraftfahrzeugverkehrs setzt sich die CDU Rheinland-Pfalz für energische umweltpolitische Maßnahmen im Kraftverkehrsreich ein. Sie fordert deshalb umgehend eine Herabsetzung der Grenzwerte für Kfz-Abgase, vor allem die drastische Reduzierung der Emissionen von Stickstoffoxyden, möglichst ab 1. Januar 1985.

Bleifreies Benzin soll gegenüber herkömmlichem durch steuerliche Entlastung preisgünstiger angeboten werden. Bundes-, Landes- und Kommunalbehörden sollten beispielhaft vorangehen, indem sie zum 1. Januar 1985 alle neuen Dienstwagen und öffentlichen Fahrzeuge auf bleifreies Benzin umstellen.“

Gastredner auf dem Parteitag waren Generalsekretär Heiner Geißler und der Staatsminister a. D., Prof. Dr. Roman Herzog, der das Hauptreferat hielt. Heiner Geißler warnte davor, sich „von Leuten, die sonst mit dem Evangelium nichts im Sinn hätten“ und sogar bereit seien, unbekanntes Leben zur Disposition zu stellen, eine einseitige Interpretation der Bergpredigt aufreden zu lassen. Der Kern der Auseinandersetzung sei nicht eine moralische, sondern eine politische Frage, nämlich die, ob die Bundesrepublik Deutschland in der NATO bleibe oder nicht.

Auch Roman Herzog wandte sich gegen eine selektive Auslegung der Bergpredigt. Wenn sie als Handlungsanweisung für den Politiker von heute herangezogen werde, dann müßten ihr zufolge auch die Sozialgesetze, die mittelfristige Finanzplanung und das Ehescheidungsrecht abgeschafft werden, meinte er.

Unter den landespolitischen Themen stand auf Antrag der Jungen Union die Einführung der Direktwahl von Bürgermeistern zur Entscheidung an. Die Delegierten nahmen mit großer Mehrheit einen Gegenantrag des Landesvorstandes an, der sich für die Beibehaltung der geltenden Regelung aussprach. Eine Ur-Wahl, so argumentierte der Landesvorstand, würde die ohnehin schon starke Stellung der Bürgermeister in der rheinland-pfälzischen Kommunalverfassung noch weiter stärken und die Rolle der Gemeindeparlamente weiter beeinträchtigen.

Reibungslos ging die Wahl der Delegierten für den Bundesparteitag mit Helmut Kohl, Bernhard Vogel, Heiner Geißler und Otto Meyer an der Spitze vonstatten.

# Zur Sache:

## Sowjetische Raketen bedrohen unsere Freiheit

Die NATO ist ein reines Verteidigungsbündnis. Sie bedroht niemanden. Sie strebt keine militärische Überlegenheit an.

Präsident Reagan hat deshalb Ende September vor der UNO neue Vorschläge für die Genfer Abrüstungsverhandlungen gemacht:

- Die USA sind damit einverstanden, in Genf über Mittelstreckenraketen **und** über solche Flugzeuge zu verhandeln, die auch Atomwaffen tragen können.

- Die USA haben erklärt, daß sie nicht für alle SS-20-Raketen in der Sowjetunion eigene Mittelstreckenwaffen in Europa aufstellen wollen.

Die Amerikaner haben damit zum zweiten Mal in diesem Jahr ein weitreichendes Angebot gemacht. Die Sowjetunion ist bis jetzt auf die wesentlichen Forderungen des Westens nicht eingegangen. **Im Gegenteil:** Generalsekretär Andropow hat die neuen amerikanischen Vorschläge sofort ohne eingehende Prüfung zurückgewiesen.

Denn die Sowjetunion will ihre militärische Überlegenheit in Europa be-

halten – bei den konventionellen Waffen ebenso wie bei den Mittelstreckenraketen. Die Gefahr für uns liegt aber in der Fähigkeit der Sowjetunion, die SS-20-Raketen als politisches Druckmittel zu benutzen.

Um sich verteidigen zu können, würde für den Warschauer Pakt ein militärisches Gleichgewicht genügen. Wer aber freien Bürgern den Kommunismus durch Drohung und Erpressung aufzwingen will, der braucht ein militärisches Übergewicht.

**Die eigentlichen Gefahren für den Frieden gehen also von der rücksichtslosen Machtpolitik der Sowjetunion aus. Afghanistan und Polen sind die aktuellsten Beispiele dafür.**

**Frieden und Freiheit sind bedroht, weil die Sowjetunion bereit ist, ihre Waffen zur politischen Erpressung und zur militärischen Unterdrückung einzusetzen.**

**Die Sowjetunion rüstet nicht gegen unsere Waffen, sondern gegen unser freies Denken.**

## Gemeinsam für Frieden und Freiheit

**CDU**  
**II** sicher  
sozial  
und frei

UNION BETRIEBS GMBH  
 POSTFACH 24 49  
 5300 BONN 1  
 POSTVERTRIEBSSTÜCK  
 Z 8398 C  
 GEBÜHR BEZAHLT

## ■ TERMINE

24. 10. *CDU-Bundesvorstand  
 Sitzung, Bonn*
25. 10. *MIT Saar  
 Landesvorstand, Saarbrücken*
25. 10. *Landesverband Hannover  
 „10000 Friedenstage“,  
 Veranstaltung mit Dr. Worms,  
 KV Osnabrück-Land*
26. 10. **CDU Bund**  
*Landesgeschäftsführer-  
 konferenz, Bonn*
26. 10. *Landesverband  
 Baden-Württemberg  
 „10000 Friedenstage“,  
 Veranstaltung mit  
 Ministerpräsident Zeyer,  
 KV Konstanz*
26. 10. *Frauenvereinigung  
 Schleswig-Holstein  
 Landesvorstand,  
 St. Michaelisdonn*
27. 10. *Landesverband Rheinland-Pfalz  
 „10000 Friedenstage“,  
 Veranstaltung mit  
 Ministerpräsident Späth,  
 KV Worms*
27. 10. *Landesverband Rheinland-Pfalz  
 „10000 Friedenstage“,  
 Veranstaltung mit  
 Ministerpräsident Späth,  
 KV Kaiserslautern*

28. 10. *Landesverband Rheinland  
 Landesvorstand, Köln*
28. 10. *Landesverband Berlin  
 Landesvorstand*
28. 10. *OMV Schleswig-Holstein  
 Landesvorstand, Kiel*
28. 10. *Landesverband Berlin  
 Landesausschuß, Berlin*
- 28./30. 10. *Exil-CDU  
 Deutschland-Tagung,  
 Untergriesbach b. Passau*
29. 10. *Frauenvereinigung  
 Schleswig-Holstein  
 Delegiertentag, Itzehoe*
29. 10. *CDA Schleswig-Holstein  
 Landesausschuß,  
 Bad Bramstedt*
29. 10. *Landesverband  
 Baden-Württemberg  
 UdVF-Landestag, Stuttgart*
31. 10./1. 11. *Junge Union Westf.-Lippe  
 Fachtagung:  
 „Ausbildungsplatz-Sharing“,  
 Dortmund*
1. 11. *Junge Union Niedersachsen  
 Landesvorstand, Hannover*
- 2./3. 11. *CDA NRW  
 Klausurtagung  
 Arbeitnehmergruppe  
 — CDU-Landtagsfraktion NW —,  
 Haltern*
2. 11. *Junge Union Rheinland  
 Delegiertentreffen  
 „Deutschlandtag“, Leverkusen*

**Union in Deutschland** — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. **Für den Inhalt verantwortlich:** Heinz Winkler, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 41.  
**Verlag:** Union Betriebs GmbH, Argelanderstraße 173, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 22 10 81. **Vertrieb:** Telefon (02 28) 5 44-3 04. **Verlagsleitung:** Peter Müllenbach, Dr. Uwe Lütjje, Eberhard Luetjohann (BLZ 380 500 00), Postscheckkonto Köln, Nr. 2214 31-502 (BLZ 370 100 50).  
**Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Konto-Nr. 7 504 152 (BLZ 380 500 00), Postscheckkonto Köln, Nr. 2214 31-502 (BLZ 370 100 50).  
 Abonnementspreis jährlich 48,— DM. Einzelpreis 1,20 DM. Druck: VVA-Druck, Düsseldorf.

**Ud**